

Keine militärischen Stützpunkte im Indischen Ozean erwünscht

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **68 (1974)**

Heft 9

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142387>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

trauen geherrscht in der kapitalistischen Welt, wo keine kapitalistische Regierung über die nächsten Monate hinaus planen kann.

Was hält der chinesische Arbeiter oder Bauer von diesen Zuständen? In seinem Land hat ihn die sozialistische Revolution vor kapitalistischen Stürmen geschützt. Seine Währung ist stabil, die Preise fallen anstatt zu steigen, sein Arbeitsplatz ist ihm gesichert, seine Lebenshaltung verbessert sich unfehlbar jedes Jahr und auch sein kulturelles Leben entwickelt sich. Für ihn sind Korruption, Bestechung und falsche Versprechungen nur Erinnerungen aus einer bösen Vergangenheit, wie Pest und Geschlechtskrankheiten.

Die sozialistische Grundlage ist die unerläßliche Voraussetzung für diese Leistungen, aber eine falsche Politik könnte immer noch die Uhrzeiger zurückdrehen. Im Vergleich mit der Sowjetunion und Osteuropa ist Außenhandel für China nur von unwesentlicher Bedeutung und soll die steigende Kurve der chinesischen Wirtschaft nicht verzerren.

Die Chinesen wollen darum nichts wissen von schmeichelhaften Offerten des Westens, Darlehens-Angeboten finanzieller Hilfe, gemeinsamen Unternehmungen. Sie lassen sich nicht abbringen von ihrer Politik des Selbstvertrauens, die die beste Grundlage bietet für eine echte, unabhängige, fruchtbare sozialistische Wirtschaft.

Zwanzig Jahre nach der Gründung der Chinesischen Volksrepublik kann man, was dieses Land betrifft, feststellen: kein Watergate, keine Inflation und keine Rezession und Arbeitslosigkeit, dafür aber gute Moral, sozialistisches Ethos, wachsender Wohlstand und Selbstvertrauen.

In: «Broadsheet», Sept. 1974)

Keine militärischen Stützpunkte im Indischen Ozean erwünscht

Eine internationale Konferenz gegen militärische Stützpunkte im Indischen Ozean, der eine Zone des Friedens sein sollte, findet gegenwärtig (27.-29. Aug.) in New Delhi statt. Der Kongreß wird gemeinsam vom Weltfriedensrat und von der Solidaritäts-Organisation der Afro-Asiatischen Völker durchgeführt. An der Vorbereitung sind alle indischen politischen Parteien, Gewerkschaften, Studenten und Frauenorganisationen beteiligt.

Vertreter von Organisationen in den Küstenstädten, wie der Befreiungsbewegungen Afrikas und des Persischen Golfes sind zur Teilnahme eingeladen, ebenso als «brüderliche» Delegierte Vertreter aus USA, Großbritannien und Frankreich (Staaten, die militärische Stützpunkte

im Indischen Ozean besitzen) ferner Angehörige der UdSSR wie anderer sozialistischer Staaten und schließlich internationale Organisationen.

Anstoß zum Kongreß gab die Überzeugung, die im Weltfriedensrat herrscht und von der Afro-Asiatischen Solidaritäts-Organisation wie dem Indischen Vorbereitungs-Ausschuß geteilt wird, daß militärische Stützpunkte noch immer eine Bedrohung der Unabhängigkeit und Souveränität der Nationen dargestellt, und die internationale Spannung erhöht haben. Der kürzliche Versuch der USA-Regierung, einen neuen Militär-Stützpunkt auf der Diego Garcia Insel im Indischen Ozean zu errichten, hat in allen Küstenstaaten schwere Besorgnisse erweckt, da sie diesen Versuch als Teil der allgemeinen imperialistischen Strategie interpretieren die darauf ausgeht, die unabhängige Entwicklung neuerdings frei gewordener Länder zu hintertreiben und die nationalen Befreiungsbewegungen einzuschüchtern.

Ein Appell zur Konferenz, der von den oben erwähnten Organisationen ausging, stellt fest, daß der Entscheid der UN, den Indischen Ozean als Zone des Friedens zu erklären, die strikte Opposition der Regierungen vieler Küstenstaaten gegen die Errichtung von militärischen Stützpunkten im Indischen Ozean, wie schließlich auch der wachsende Widerstand gegen diesen Plan in USA und Großbritannien, die Hoffnung erlauben, daß dieser imperialistische Anschlag vereitelt werden kann. Der Appell betont die Dringlichkeit von Maßnahmen zu gemeinsamer Aktion, nicht allein der Völker der Küstenstaaten, sondern der Friedenskräfte in der ganzen Welt.

«Peace Courier», 3. Juli 1974

Die Geheimarmee der Präsidenten

Ungefähr einen Monat nach der Amtsenthebung Nixons, das heißt im September 1974, erscheint im Verlag von Jonathan Cape ein Buch über die **Central Intelligence Agency**, kurz CIA («Observer», 25. Aug. 1974). Es ist das Verdienst von zwei ehemaligen Angehörigen der berüchtigten Geheimarmee, daß sie etwas Licht auf die Tätigkeit dieser Körperschaft werfen, in der sie selbst an hoher Stelle wirkten.

Ursprünglich aufgezogen, wie es heißt, «zur besseren Information der Regierung» ist die CIA seit dem Zweiten Weltkrieg zu einem weltweiten, Tausende umfassenden Netz von Agenten ausgebaut worden, ein Geheiminstrument für direkte Aktionen der amerikanischen Außenpolitik. Es dient vor allem dazu, in den internen Angelegenheiten von Ländern zu intervenieren, die die USA-Regierung zu kontrollieren oder